Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
Hausvogteiplatz 1 · 10117 Berlin

Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien
Frau Dr. Susanne Olbertz
Referat K 43
Graurheindorfer Str. 198
53117 Bonn

per E-Mail: K43@bkm.bund.de

16.3.2016

Bearbeitet von
Simone Geib/DLT

Telefon: 0 30/59 00 97 - 313
Telefax: 0 30/59 00 97 - 430

E-Mail:
Simone.Geib@Landkreistag.de

Aktenzeichen
V-210-7
47.05.00 D (DST)

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Bundesarchivgesetzes
Hier: Schlussabstimmung
Ihr Schreiben vom 22.2.2016 – AZ: K43-41003/3#7

Sehr geehrte Frau Dr. Olbertz,

wir danken Ihnen für die Gelegenheit zum o. g. Gesetzentwurf erneut Stellung nehmen zu können.

Wir begrüßen es, dass einige unserer Anregungen und Hinweise in dem geänderten Gesetzentwurf berücksichtigt worden sind. Hinsichtlich § 5 Absatz 1 Satz 2 haben wir darauf hingewiesen, dass dieser in seiner ursprünglichen Fassung beizubehalten ist, um die grundsätzliche Anbietungsfrist von 30 Jahren nach der Entstehung der Unterlagen auch im deutschen Archivrecht auf Bundesebene festzuschreiben. Zu § 7 hatten wir angeregt durch entsprechende Formulierung in der Begründung klarzustellen, dass die Übernahme von Archivgut des Bundes durch Kommunalarchive grundsätzlich nur möglich, aber keinesfalls zwingend ist.

Wir weisen weiterhin darauf hin, dass die Neuregelung in § 6 aufgrund der in Absatz 2 Nummer 2 genannten Ausnahme von der Anbietungspflicht zu Lücken in der Überlieferungsbildung führen kann. Wir bitten darum, Absatz 2 so zu fassen, dass die Derogation zur Regel und nicht zur Ausnahme wird. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme im Rahmen der zweiten Ressortabstimmung vom 18.12.2015 sowie die aktuelle Stellungnahme der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder vom 17.03.2016 zu diesem Paragraphen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Verena Göppert
Beigeordnete
des Deutschen Städtetages

Jörg Freese
Beigeordneter
des Deutschen Landkreistages

Uwe Lübking
Beigeordneter
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes